

**Dr. Karin Gabriel-Bräutigam**

# **Rundfunkkompetenz und Rundfunkfreiheit**

**– Eine Untersuchung über das Verhältnis der  
Rundfunkhoheit der Länder zu den Gesetzgebungs-  
zuständigkeiten des Bundes –**



**Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden**

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Einführung	15
<b>A. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Kommunikationsfreiheiten</b>	<b>19</b>
<b>I. Gewährleistung massenkommunikativer Freiheit</b>	<b>20</b>
1. Die Notwendigkeit einer Neubestimmung – »Neue Medien«: Presse, Rundfunk oder Medien sui generis	20
2. Die Freiheit der Massenmedien	25
a) Sachlicher Schutzbereich	25
b) Die inhaltliche Ausgestaltung	27
<b>II. Das Verhältnis von Medienfreiheit und individueller Meinungs- freiheit</b>	<b>35</b>
1. Der Streit um die Begriffsbestimmung von Individual- und Massenkommunikation – Neue Telekommunikationsformen als Schutzgut von Art. 5 Abs. 1 S. 1 oder S. 2 GG	36
2. Der Lösungsvorschlag Bullingers	38
3. Die Leitbildfunktion der Meinungsäußerungsfreiheit	39
<b>III. Die Veränderung der Telekommunikationsstruktur und ihre kom- petenzrechtlichen Folgen</b>	<b>41</b>
<b>B. Kompetenzkonflikte zwischen Bund und Län- dern im Bereich des Rundfunks</b>	<b>45</b>
<b>I. Das Verhältnis von Rundfunkkompetenz und Fernmeldehoheit</b>	<b>45</b>
1. Der Vorwurf der Präjudizierung medienrechtlicher Entschei- dungen durch die Fernmeldepolitik der Deutschen Bundespost	45

2. Die Fernmelde- und Rundfunkpolitik seit Beginn der siebziger Jahre	47
a) Die Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems und die Kabelpilotprojekte	47
b) Maßnahmen der Deutschen Bundespost im Bereich der Breitbandverteilnetze bis zum Jahre 1982	51
c) Das Projekt TV-Sat – staatsvertragliche Regelungen zur Nutzung des ersten deutschen Rundfunksatelliten	53
d) Inangriffnahme einer flächendeckenden Verkabelung – die Zulassung privaten Rundfunks	58
3. Historischer Rückblick	63
a) Der Kompetenzkonflikt zwischen Reich und Ländern im Jahre 1925	63
b) Der Kompetenzkonflikt zwischen Bund und Ländern nach 1945 – Die Beendigung des Fernsehstreits durch das erste Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts	69
c) Zusammenfassende Würdigung	77
4. Die Kompetenz des Bundes für das Fernmeldewesen gemäß Art. 73 Nr. 7 GG	79
a) Die Entscheidungsbefugnisse der Deutschen Bundespost im Hinblick auf den sendetechnischen Bereich des Rundfunks	79
b) Die Besonderheiten der Nutzung eines Rundfunksatelliten und die kompetentiellen Folgen	81
aa) Pro und Contra einer Bundeskompetenz kraft Natur der Sache	82
bb) Die Gemeinschaftskompetenz der Länder	85
5. Die Rundfunkhoheit der Länder	90
a) Umfang des gesetzgeberischen Spielraums bei der Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit	90
aa) Die Sicherung der Meinungsvielfalt als maßgebliche Vorgabe an den Landesgesetzgeber – die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Rundfunkorganisation	90
bb) Rundfunkorganisation und Rundfunkfreiheit	93
aaa) Die Rundfunkfreiheit als Individualrecht	94
(1) Das Verhältnis der Rundfunkfreiheit zu anderen Kommunikationsfreiheiten	94

(2) Rundfunkfreiheit als »Jedermanns-Grundrecht« – das Kostenargument	96
(3) Rundfunkfreiheit als Gruppengrundrecht	98
(4) Die »intensive« Wirkung des Mediums Rundfunk	101
(5) Historische Aspekte	102
(6) Zusammenfassung	105
bbb) Folgerungen für die Wahl eines Organisationsmodells	105
ccc) Gesetzgeberisches Unterlassen als Verfassungsverstoß	107
6. Die Bedeutung des Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG für zukünftige fernmeldetechnische und rundfunkrechtliche Entscheidungen	109
7. Zusammenfassung	112
<b>II. Bundeswirtschaftsrecht und Landesrundfunkrecht</b>	<b>114</b>
1. Positive Rundfunkordnung und Wirtschaftsrecht	114
a) Marktordnung und Verfassung	115
b) Publizistische Vielfalt	120
c) Publizistischer und ökonomischer Wettbewerb	127
aa) Der Streit um das bundesgesetzliche Verbot des Werbefernsehens im öffentlich-rechtlichen Rundfunk	128
bb) Der Prozeß freier Meinungsbildung als Wettbewerbsprozeß	132
2. Die Anwendbarkeit des Bundeswirtschaftsrechts auf öffentlich-rechtliche und private Rundfunkveranstalter	137
a) Anwendbarkeit des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb im Rundfunkbereich	138
aa) Privatrechtlich geordnete Beziehungen	138
bb) Die Freistellung der Daseinsvorsorge	141
aaa) Die Programmtätigkeit	143
(1) Qualifizierung als unternehmerische Tätigkeit	144
(2) Verhältnis von Wettbewerbs- und Kartellrecht und Landesrundfunkrecht	146
bbb) Die Beschaffungstätigkeit	154
ccc) Die Rundfunkwerbung	155
b) Ergebnis	157
	11

<b>III. Die Bundeszuständigkeit für auswärtige Angelegenheiten und die Länderkompetenz für den Rundfunk</b>	<b>158</b>
1. Die Expertise des Bundesinnenministeriums	158
2. Deutsche Welle und Deutschlandfunk als Begründung einer Bundeskompetenz für den Auslandsrundfunk	159
3. Die Notwendigkeit einer Trennung zwischen personenbezogenen und zweckbestimmten Auslandsprogrammen	164
<b>IV. Abgrenzungsprobleme zwischen der Bundeszuständigkeit für den Jugendschutz und der Rundfunkhoheit der Länder</b>	<b>170</b>
1. Das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS)	170
2. Die Unanwendbarkeit des GjS auf Rundfunksendungen	173
a) Die Auslegung des GjS	173
b) Kompetentielle Aspekte	176
c) Rechtspolitischer Ausblick	177
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>179</b>